

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 6

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Innenpolitik

Mitte April wurde der *Entwurf des Parteivorstandes der SPS für ein neues Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* in den sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlicht. Dieses Vorgehen ermöglichte es auch den Gegnern der Sozialdemokraten, sich in die lebhafteste Diskussion einzuschalten, welche seit geraumer Zeit in den Sektionen der SPS im Gange ist. Hier geht es also anders zu und her als bei der Revision des Programms der Freisinnigen Partei der Schweiz, die am 31. Mai in Baden, ohne jegliche Vorberatung durch die ganze Mitgliedschaft, sozusagen *en passant*, vorgenommen wurde.

War es falsch, daß die Sozialdemokraten ihre Karten offen auf den Tisch legten? Keineswegs, denn jedermann soll wissen, wer die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Daß der kommunistische «Vorwärts» verkündet, die SPS liquidiere mit ihrem neuen Programm jegliches sozialistische Gedankengut, sei nur am Rande erwähnt, denn mit Leuten, die die Verbrechen Stalins und die nationale Unterdrückung Ungarns mitzuverantworten haben, ist eine Diskussion über den Begriff Sozialismus unmöglich.

Auch freisinnige Zeitungen versuchten zunächst mit der Behauptung Verwirrung zu stiften, die SPS gebe den Sozialismus als Zielsetzung auf. Bald aber sahen sie die Aussichtslosigkeit eines solch plumpen Manövers ein und begannen sich darüber aufzuregen, daß im Kapitel «Wirtschaftspolitik» für die Gemeinwirtschaft mehr Raum gefordert wird.

Die Konservativen bewerten die vorgeschlagene neue sozialdemokratische «Parteiverfassung» nicht einheitlich. Auf besonderes Interesse stößt bei ihnen der Abschnitt über Freiheit der Weltanschauung und religiöse Toleranz, der über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Religion so klare Feststellungen trifft, daß künftig die Legende von der Religionsfeindlichkeit der angeblich nur materialistischen Sozialdemokraten nicht mehr gutgläubig kolportiert werden kann. Gerade das scheint aber dem bekannten «Monitor» der christlichsozialen «Neuen Zürcher Nachrichten» schlecht ins Konzept zu passen, weswegen er – frei nach Heinrich Heine – findet, «es wäre ehrlicher gewesen, sich auch im neuen Programm auf die Zuckererbsen zu beschränken und den Himmel weiterhin den Engeln und den Spatzen zu überlassen.»

In den sozialdemokratischen Parteisektionen dagegen – und diese sind für die Beurteilung in erster Linie zuständig – wird der Entwurf des

Parteivorstandes im allgemeinen als gute Grundlage für ein modernes, der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung gerecht werdendes Programm für die sozialdemokratische Praxis empfunden.

*

Am 1. Juni trat die Bundesversammlung zu ihrer Sommersession zusammen, wobei sich die Nationalräte erneut mit der Vorlage des Bundesrates für die eidgenössische Invalidenversicherung zu befassen hatten. Das Verfahren zur Bereinigung der gegenüber dem Ständerat bestehenden Differenzen führte in den wichtigsten Punkten zu folgendem Ergebnis:

Die von militanten Gewerbevertretern, Freisinnigen und Konservativen verlangte generelle *Reduktion des Beitrages der Selbständigerwerbenden* von 0,4 auf 0,2 Prozent wurde mit 100 gegen 51 Stimmen abgelehnt. (Das AHV-Beitragssystem, auf dem die Prämien für die Invalidenversicherung basieren, enthält bereits eine sinkende Skala zugunsten der unteren Kategorien der Freierwerbenden.)

Der vom Ständerat vorgenommenen Hinaufsetzung des *Invaliditätsgrades für die Erlangung einer Rente* von 40 auf 50 Prozent stimmte der Nationalrat mit 74 Ja gegen 69 Nein zu. Indessen akzeptierte er gleichzeitig, mit Zweidrittelmehrheit, einen Zusatzantrag seiner Kommission, wonach in Härtefällen der Rentenbeginn schon bei 40prozentiger Invalidität möglich ist.

Mit 73 gegen 55 Stimmen wurde entschieden, die vom Ständerat beanstandete *Weiterführung von Krankenpflegeleistungen an Invalide* (gemäß KUVG) fallen zu lassen; in der Meinung, daß diesem Begehren gelegentlich der Revision der Gesetzgebung über die Kranken- und Unfallversicherung Rechnung getragen werden könne.

Schließlich wurde noch der ständerätliche Vorstoß zur Begrenzung der Leistungen der öffentlichen Hand auf 75 Millionen Franken im Jahr zurückgewiesen, und zwar mit dem deutlichen Mehr von 90 gegen 33 Stimmen, was dann die Stöckliherren – nach erneuter Widerstandsgeste – zum Einlenken bewog. Es kommt also nicht zur Wiederholung des bei der AHV gemachten Fehlers. Für die Invaliden aber hat sich nun die Chance der Inkraftsetzung der Invalidenversicherung auf den 1. Januar 1960 wesentlich verbessert.

Daß die Sozialdemokraten bei der Behandlung der *Staatsrechnung 1958* den bürgerlichen Verteidigern der «Finanzordnung des reichen Mannes» kräftige Verse ins Stammbuch schrieben, liegt auf der Hand. Mußte doch der Chef des Finanzdepartementes die Fehlerhaftigkeit des Normalbudgets zugeben, das der Volksabstimmung vom 11. Mai des vergangenen Jahres zugrunde gelegt worden war. Ja, der Sprecher des Bundesrates kündigte sogar an, es müßten für die Deckung der künftigen Militärausgaben auch Mittel außerhalb der neuen Finanzordnung aufgebracht werden! Wozu wir für den Augenblick nur sagen möchten: Wenn man glaubt, diese Mittel durch einen

Griff in die Taschen der Konsumenten oder durch eine Mehrbelastung der kleinen und mittleren Einkommen sicherstellen zu können, nachdem man – entgegen allen Warnungen – die Millionäre voreilig von bisherigen Wehrsteuern befreit hat – dann hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

F. E.

Außenpolitik

Die *Genfer Außenministerkonferenz* scheint an einem toten Punkt angelangt zu sein. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich immer deutlicher, daß sich in bezug auf Deutschland die Auffassungen nicht unter einen Hut bringen lassen und eine Einigung in dieser Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Der westliche Friedensplan wurde von den Russen abgelehnt; der russische Entwurf zu einem Friedensvertrag mit Deutschland fand bei den Westmächten keine Gegenliebe. Die Folge davon war, daß die Außenminister auf eine weitere nutz- und endlose Diskussion dieser Pläne verzichteten und sich der Berliner Frage zuwandten. Aber auch diese Verhandlungen zeitigten noch keine positiven Ergebnisse. Der russische Außenminister versagte dem 7-Punkte-Plan der westlichen Außenminister seine Zustimmung. Den Westmächten geht es darum, den Status quo in Berlin bis zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung zu erhalten. Die Sowjetunion verlangt die Umwandlung Westberlins in eine demilitarisierte «Freie Stadt». Trotz der Einschaltung geheimer Arbeitssitzungen ist die Außenministerkonferenz in eine Sackgasse geraten, aus der bis jetzt noch kein Ausweg gefunden wurde. Mit einem wirklichen Erfolg rechnet wohl niemand mehr. Die Frage ist nur, ob das Ergebnis ein halber oder ein ganzer Mißerfolg sein wird, ob wenigstens in der Berliner Frage eine gewisse Einigung erreicht oder doch zumindest eine gefährliche Zuspitzung der Lage verhindert werden kann. (Einen kleinen Lichtblick kann man vielleicht in der Tatsache erblicken, daß Chruschtschews Berlin-Ultimatum am 27. Mai ereignislos ablief.)

Präsident Eisenhower erklärte an seiner jüngsten Pressekonferenz, daß der bisherige Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz ein Gipfeltreffen der Regierungschefs noch nicht rechtfertigen könne. Die aggressiven Reden, die *Chruschtschew* während seines Aufenthaltes in Albanien gehalten hat, dürften mit dazu beigetragen haben, daß der amerikanische Präsident die Abhaltung einer Gipfelkonferenz wieder in Frage stellte.

Infolge der schwindenden Hoffnungen auf einen positiven Abschluß der Außenministerbesprechungen eroberten andere politische Ereignisse die Schlagzeilen der Tagespresse.

Am 24. Mai starb *John Foster Dulles*. Zur Beerdigung des ehemaligen amerikanischen Staatssekretärs flogen nicht nur die westlichen Außenminister nach Washington, um ihrem Kollegen die letzte Ehre zu erweisen, auch

Gromyko schloß sich ihnen an. Auf der Rückreise benützten die vier Außenminister die Gelegenheit zu einer Besprechung im Flugzeug. – Dann war es die «Times», die mit einer Sensation aufwartete, indem sie in einem längeren Artikel von der angeblich bevorstehenden Versetzung von *Selwyn Lloyd* auf einen anderen Posten sprach. Dieser Rückenschuß trug natürlich nicht gerade zur Stärkung der Position des englischen Außenministers bei. Immerhin hat sich Premierminister Macmillan sogleich hinter seinen Außenminister gestellt.

Wie eine Bombe wirkte *Adenauers Ankündigung*, daß er auf seine Kandidatur für das Amt eines Bundespräsidenten verzichte, um weiterhin Bundeskanzler zu bleiben. Mit diesem Entschluß, der von einer recht faden-scheinigen Begründung begleitet war, hat sich Bundeskanzler Adenauer einer äußerst scharfen Kritik ausgesetzt. Die westdeutsche Presse verurteilt den jüngsten Schritt des greisen und halsstarrigen Kanzlers fast ausnahmslos. Sogar jene Zeitung, die in Westdeutschland als das eigentliche Adenauer-Blatt bekannt ist, nämlich die «Neue Zürcher Zeitung», kommt nicht darum herum, die Kehrtwendung Adenauers zu kritisieren.

Wahrscheinlich hat Konrad Adenauer mit diesem Salto mortale den größten Fehler in seiner ganzen politischen Laufbahn gemacht. Das deutsche Volk schätzte an Bundeskanzler Adenauer ganz besonders seine Unbeirrbarkeit, seine Sturheit, den einmal eingeschlagenen Weg weiterzugehen; seine Wankelmütigkeit, sein unwürdiges Spiel mit dem höchsten Amt in der Bundesrepublik, wird ihm das Volk kaum ganz verzeihen. Konnte Adenauer früher von sich behaupten, er wolle die Macht nur im Interesse des Staates behalten, so hat er sich nun als Politiker entpuppt, dem es um die persönliche Macht geht.

Adenauer hat der Bundesrepublik Deutschland den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen; er hat das Vertrauen in die junge westdeutsche Demokratie erschüttert; er hat das Amt eines Bundespräsidenten zum machtpolitischen Spielball herabgewürdigt. Adenauer hat aber auch seine persönlichen Interessen über die Interessen seiner Partei, der CDU, gestellt. Er wollte seiner Partei unbedingt Finanzminister Eitel als neuen Bundeskanzler aufzwingen und unter allen Umständen ein Nachrücken Erhards verhindern. Die letzten Entschlüsse zeigen aber vor allem, daß Adenauer von sich selber sehr viel und von den andern Politikern innerhalb seiner Partei herzlich wenig hält. Sein Unersetzlichkeitsdünkel kennt offenbar keine Grenzen. In der «Welt» schrieb der sehr angesehene westdeutsche Publizist Paul Sethe, mit dem jüngsten Entschluß des Bundeskanzlers sei einmal mehr einer der hervorstechendsten Wesenszüge des mächtigen alten Mannes offenkundig geworden: die Menschenverachtung. Paul Sethe stellt dann die entscheidende und schwerwiegende Frage: «Aber kann man mit Menschenverachtung einen freiheitlichen Staat aufbauen?»

Die Reaktion von Wirtschaftsminister und Vizekanzler Erhard be-

schränkte sich auf ein kurzes Aufbäumen – mehr war es nicht. Es gibt eben keinen CDU-Politiker, der offen und entschlossen gegen Adenauer auftreten würde. Es fragt sich aber, wie lange noch die CDU den strikten und eigensinnigen Befehlen des alten Mannes Folge leisten wird.

Der neue CDU-Kandidat für das Amt eines Bundespräsidenten ist Landwirtschaftsminister Lübke. Vom sozialdemokratischen Kandidaten, Prof. Carlo Schmid, hat selbst Salvador de Maderiaga gesagt, daß er das Zeug zu einem würdigen Nachfolger von Prof. Theodor Heuß hätte.

In *Singapur* endeten die allgemeinen Wahlen mit einem Sieg der stark linksorientierten Partei der Volksaktion (People's Action Party). Unter der Führung von Lee Kwan Yew gewann diese Partei 43 von 51 Parlamentssitzen. Am 3. Juni ging die britische Kolonialherrschaft zu Ende und wurde Singapur ein unabhängiger Staat im Rahmen des Commonwealth; lediglich Außenpolitik und Verteidigung verbleiben noch in britischen Händen. Die Frage ist nun, wie weit der Chinese Lee Kwan Yew den Kommunisten entgegenkommt. Es scheint, als ob in Singapur eine Regierung die Macht übernimmt, die, ähnlich wie im Irak, sich in starkem Maße an die Kommunisten anlehnt.

B. H.

Blick in die Zeitschriften

Der Name des englischen Labour-Abgeordneten *Fenner Brockway* taucht nicht mehr allzu häufig in der außerenglischen Presse auf. Aber jedesmal, wenn wir einer Stellungnahme oder Veröffentlichung dieses Politikers begegnen, der lange Jahre der beste Kopf der Independent Labour Party (ILP) war, stellen wir fest, daß sein Kampf den Rechten der unterdrückten Völker gilt. So wie er vor mehr als dreißig Jahren als einer der ersten englischen Politiker für das Recht des indischen Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit eintrat, so erhebt er heute seine Stimme für die um Freiheit ringenden Völker *Afrikas*. In der Zeitschrift *«Internationale Politik»* (Heft 219) lasen wir jetzt von Fenner Brockway eine grundsätzlich wichtige Arbeit unter dem Titel *«Dynamische Entwicklung im Schwarzen Afrika»*, die mit folgenden Sätzen beginnt:

«Das Jahr 1960 wird für den afrikanischen Kontinent von entscheidender Bedeutung sein. In diesem Jahr werden mehr Völker und Länder ihre Unabhängigkeit erhalten als in irgendeinem Jahr vorher. Auf der Liste stehen Nigeria, Somaliland, Kamerun und Togo. Nigeria ist die größte britische Kolonie. Wenn einmal seine 35 Millionen Einwohner die Freiheit erhalten, wird die Hälfte der keine Selbstverwaltung genießenden Bevölkerung des britischen Imperiums frei sein. Somaliland, Kamerun und Togo sind Territorien unter der Treuhandschaftsverwaltung der Vereinten Nationen; die Vereinten Nationen haben beschlossen, diese Länder im Laufe des kommenden Jahres unabhängig werden zu lassen.»

Diese Schritte zur Unabhängigkeit werden rasch weitere zur Folge haben. Dazu sagt Fenner Brockway: «Das unter italienischer Verwaltung stehende Somaliland grenzt an Französisch- und Britisch-Somaliland. Sobald Italienisch-Somaliland frei wird, werden auch die Völker der übrigen beiden Somaliländer die Vereinigung zu einem Groß-